

ten für Verwendung in der traditionellen chinesischen Medizin unterliegen vermehrt (jetzt 22 Positionen) der Genehmigungspflicht. Bei Joint Ventures haben für gewisse Güter andere Regelungen Gültigkeit. Den Maßnahmen liegt allem Anschein nach die Absicht, die Importrechnung des Landes im laufenden Jahr um 8% gegenüber 1987 zurückzuschrauben, zugrunde. In Kreisen des Handels wird auch von Bemühungen des chinesischen Verwaltung, Unternehmen im Lande zum Kauf von in China gefertigten Erzeugnissen und Anlagen zu veranlassen, gesprochen.

Die von der chinesischen Zeitung *International Business* vorgelegte Liste lizenzpflichtiger Waren ist wie im Vorjahr nach Zuständigkeitsbereichen der Vergabe geordnet. Für eine Gruppe von Waren ist allein das Ministerium für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel in Beijing die Genehmigungsbehörde. Für eine zweite Gruppe von Waren sind sowohl das Ministerium als die von ihm autorisierten Verwaltungszweige auf Provinzebene zuständig. (NfA, 24.7.87) -lou-

*(28)

Französischer Staatskredit für die Volksrepublik

Das anlässlich der jährlichen Sitzung der gemischten französisch-chinesischen Wirtschaftskommission in Beijing am 10.7.1987 unterzeichnete Finanzprotokoll sieht die Bereitstellung eines Kredits der französischen Staatskasse in Höhe von 1 Mrd. Francs vor. Der Zinssatz wurde nicht bekanntgegeben, wird wahrscheinlich aber zwischen 3 und 3,5% liegen. Mit dem Kredit sollen einige bis zum Jahresende abgeschlossenen Projekte finanziert werden. Eine Aufstockung des Kreditbetrags ist möglich, falls größere Lieferbeträge vereinbart werden. Zur Zeit wird mit einer Reihe kleinerer Projekte im Werte von 15 - 20 Mio. Francs gerechnet.

Geplant sind der Bau mehrerer Krankenhäuser, einer Wasserbehandlungsanlage, die Modernisierung einer Untergrundbahnlinie in Beijing und ein Aluminium-Komplex. Die französischen Unternehmen versuchen bei der Vergabe des Bauauftrages für eine Untergrundbahn in Shanghai, sich gegen die japanische und die US-Konkurrenz durchzusetzen. Ferner sind die Firmen an der Errichtung einer

größeren Zahl von Kernkraftwerken interessiert.

Der französische Export in die VR China ging 1986 um 34% zurück. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1987 nahmen die französischen Ausfuhren jedoch im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu. Frankreich steht allerdings unter den Lieferländern der VR China lediglich an 12. Stelle.

Eine Belebung des Warenverkehrs wird von der engeren Zusammenarbeit französischer und chinesischer Regionen erhofft. Die Zweigstelle Beijing des Chinesischen Rates für die Entwicklung des Internationalen Handels hatte der französischen Regionalversammlung eine Liste von 358 industriellen Kooperationsprojekten vorgelegt. Rund 30% der Vorschläge entfallen auf den Lebensmittelsektor; weitere Bereiche sind Textil-, Pharma-, Elektronikindustrie und die Energiewirtschaft. In allen Fällen erwarten die Chinesen Ausrüstungen und Spitzentechnologien. Die Vorschläge wurden an 2.000 französische Unternehmen weitergeleitet.

Nach langen Vorarbeiten darf nunmehr mit der Errichtung eines chinesischen Geschäftszentrums im Pariser Vorort Alfortville gerechnet werden. Das Begegnungszentrum für französische und europäische Geschäftsleute mit chinesischen Missionen und Delegationen soll jedoch erst 1989 eingeweiht werden. (NfA, 22.7.1987) -lou-

*(29)

Ausweitung der amerikanischen Exporte nach China

China importiert in diesem Jahr mehr Getreide aus den USA, während zur gleichen Zeit der Export von chinesischen Agrarprodukten reduziert wird. Nach Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums dürfte China angesichts gestiegener Binnennachfrage, günstiger Inlandspreise für bestimmte Rohstoffe und einer gewissen Verbesserung des Handelsbilanzdefizits die Ausfuhren verringern. Wahrscheinlich werden beim Export von Mais, Sorghum, Sojabohnen und Baumwolle Kürzungen zu erzielen sein. Die US-Exporte landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach China waren 1986 auf ein Neun-Jahrestief gefallen, könnten aber nach Ansicht von Experten von 88 auf rund 230 Mio. US\$ im Fiskaljahr 1987 ansteigen. China begann mit

dem Kauf von amerikanischem Mais Anfang 1987 und erwarb im Frühjahr 1 Mio. t Weizen im Rahmen des amerikanischen Bonus-Exportprogramms.

Der amerikanische Senat stimmte einem Gesetzentwurf zu, wonach das Handelsministerium gebeten wird, die neue Marktorientierung in China zu studieren, und zwar vor dem Hintergrund einer möglichen Veränderung der amerikanischen Antidumping-Gesetze gegen die Volksrepublik. Die Studie soll sich konzentrieren auf das Verhältnis zwischen einheimischen chinesischen Preisen und Weltmarktpreisen; den Spielraum, den die amerikanische Handelsgesetzgebung hat, um mit einer zunehmenden Marktorientierung der chinesischen Wirtschaft fertig zu werden, und die möglichen Veränderungen der amerikanischen Antidumping-Gesetze, insofern sie sich auf China beziehen, das sich im Übergangsstadium zu einer stärker marktorientierten Wirtschaft befindet. Die Vereinigten Staaten behandeln chinesische Importe immer noch nach Kategorien, die auf nicht-marktwirtschaftliche Wirtschaften angewendet werden, wonach die Amerikaner Antidumping-Verfahren gegen China einleiten können. Seit 1979 waren 15 Antidumping-Verfahren gegen die Volksrepublik eingeleitet worden. (HB, 1.7.1987; XNA, 11.7.1987) -lou-

Binnenwirtschaft

*(30)

Hohe Verluste bei den staatlichen Industriebetrieben

Laut Informationen der Abteilung für die Beobachtung der wirtschaftlichen Ergebnisse unter der Zentralen Wirtschaftskommission entstanden bei den staatlichen Industriebetrieben in der ersten Hälfte des Jahres 1987 hohe Verluste. Es hieß, die unter dem staatlichen Budget arbeitenden Betriebe hätten einen Gesamtverlust vom 2,56 Mrd. Yuan erlitten. Der Umfang der Verluste nehme zwar ab, doch verglichen mit der gleichen Periode des Vorjahres sei immer noch ein Anstieg von 23,9% zu verzeichnen. Nach den Informationen gab es 7.050 Unternehmen, die in der ersten Hälfte des Jahres 1987 Geld verloren, das waren

18,1% aller Industriebetriebe unter dem Staatsbudget. Der Geldverlust dieser Betriebe war auch größer als jener während der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die Verluste jener verlustbringenden Betriebe in Tianjin, Gansu, Liaoning, Ningxia, Zhejiang und Fujian nahmen mit Steigerungsraten zwischen 32,6 und 61,2% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres zu. In Industriestädten, wie beispielsweise in Xi'an, ist die Situation noch ernster; die Verluste in Xi'an in der ersten Hälfte des Jahres 1987 waren 3,92 mal so groß wie in der Vergleichsperiode des Vorjahres.

Lu Dong von der Zentralen Wirtschaftskommission konferierte mit Direktoren der verschiedenen Wirtschaftskommissionen über die Lösung dieses Problems. Ein Genosse schlug vor, die Preise gewisser industrieller Güter zu erhöhen, da die Verluste der Unternehmen verbunden seien mit den steigenden Rohmaterialpreisen. Lu Dong hielt dem entgegen: "Wir sollten niemals diesen Weg gehen." Die Unternehmen sollten sich auf sich selber verlassen und über Mittel und Wege nachdenken, die Ausgaben und Kosten zu reduzieren und die Qualität anzuheben. Er fügte hinzu, daß er kürzlich viele Orte besichtigt und ernsthafte Fälle von Verschwendung in den Unternehmen entdeckt habe. Beim Betreten der Fabriken habe er oft gesehen, daß überall Stahlrollen lägen, daß Wasser oder Öl ausflossen. All dies seien nützliche Materialien. Sie bedeuteten "Gold" für die Unternehmen. Wenn die Unternehmen eine straffere Verwaltung durchführen und ihr Wissen über die Wiederverwendung von Abfall erhöhen würden, dann würden sie sicherlich die Verluste reduzieren können.

Nachdem er viele Vorschläge über die Rückführung der Verluste gehört hatte, gab Lu Dong folgende Empfehlungen. Zunächst sollten die Unternehmen ein Verantwortlichkeitssystem für die Rückführung der Verluste errichten, indem sie die Löhne der Arbeiter und die Leistung des Unternehmens damit verbinden, wie und in welchem Ausmaße daran gearbeitet worden sei, die Verluste zu reduzieren. Zum zweiten sollte ein Konkurrenzmechanismus in das vertragliche Verantwortlichkeitssystem eingeführt werden. Es sollten Angebote über vertragliche Verlustreduzierung eingeholt werden. Wenn die gegenwärtigen Direktoren und Manager nicht in der Lage

seien, die Verluste zu beseitigen, dann sollten jene diese Posten einnehmen, die es könnten. (Xinhua, 20.7.87, zit. nach SWB, 30.7.87) -lou-

* (31)

Sinkendes Realeinkommen für 20% der Städter

Nach Angaben von Zhang Zhongji, einem Sprecher des Zentralen Statistikamtes, sei das Realeinkommen von 20% der Städter gefallen. Aufgrund der Wirtschaftsreformen hätten 5% der 200 Millionen städtischen Bevölkerung "wirkliche Schwierigkeiten".

Zhang teilte mit, daß die Preise für Gemüse, Geflügel, Schweinefleisch und Fisch 1987 beträchtlich angestiegen seien, obwohl die offizielle Inflationsrate noch mit nur 6% angegeben wird.

Staatliche Arbeiter, darunter Lehrer und Verwaltungsangestellte, die Fixeinkommen haben, sind am härtesten durch die Preissteigerungen getroffen, während Bauern und private Geschäftsleute am besten davongekommen sind.

Der industrielle Bruttoproduktionswert der Volksrepublik in der ersten Hälfte 1987 belief sich auf 492,65 Mrd.Yuan, das ist ein Anstieg von 15% gegenüber der Vergleichsperiode des Jahres 1986. Der Bruttoproduktionswert der Leichtindustrie betrug 246,11 Mrd.Yuan (Anstieg von 15,6%) und der entsprechende Wert der Schwerindustrie betrug 246,54 Mrd.Yuan (Anstieg von 14,4%). Das Wachstum bedeute einen Druck auf bereits angespannte Versorgungskanäle. Die inländische Nachfrage war weiterhin stark, der Anstieg der Einzelhandelsumsätze in der ersten Hälfte 1987 betrug 17,5% verglichen mit der Vorjahresperiode. (Financial Times, 18.7.87; XNA, 8.7.87, zit. nach SWB, 15.7.87) -lou-

* (32)

Erdölförderung bleibt hinter Plan zurück

Die chinesische Erdölindustrie muß ihre durchschnittliche Förderung im zweiten Halbjahr 1987 über die Planvorgaben hinaus steigern, wenn das Jahresziel von 134 Mio.t (+2,3% gegenüber 1986) erreicht werden soll. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1987 wurden 65,34 Mio.t Rohöl gewonnen. Obwohl das einer Steigerung um 4,1%

gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum entsprach, wurde das anteilige Jahresziel nur zu 49% erreicht. Die Förderung von Erdgas belief sich gleichzeitig auf 6,95 Mrd.cbm (+ 2,5%). Das Jahresoll ist auf 13,5 Mrd.cbm oder 1,4% weniger als die effektive Förderung des Jahres 1986 angesetzt worden. Das Ministerium für Erdölwirtschaft hält nach Angaben der Zeitung *China Daily* dennoch die Erfüllung des Jahresplanes bereits per Ende Oktober für möglich. Dazu beitragen soll hauptsächlich die große Zahl neuer Bohrungen, die für das erste Halbjahr 1987 auf 2.191 beziffert wird. Ihre Kapazität wird auf 4,48 Mio.t jährlich veranschlagt. Im zweiten Halbjahr 1987 sollen weitere 960 Bohrungen niedergebracht und die Förderkapazität um weitere rd. 1,8 Mio.t pro Jahr erhöht werden.

Fast 90% der chinesischen Gesamtproduktion an Rohöl in der genannten Zeit entfielen auf Felder, die vor 1985 in Betrieb genommen worden waren. Seitdem sind neue Lagerstätten in Produktion gegangen, die bereits im vergangenen Jahr eine zusätzliche Kapazität von 10,42 Mio.t jährlich bedeuten.

Die meisten der neuen Vorkommen liegen auf dem chinesischen Festland. Die von großen Erwartungen begleiteten Offshore-Bohrungen, in deren Erschließung allein von internationalen Ölgesellschaften mehr als 2 Mrd.US\$ investiert worden sind, genießen gegenwärtig in der chinesischen Explorationsplanung keine große Priorität. Vielmehr konzentriert sich die chinesische Aktivität auf neue oder expandierende Felder in verschiedenen Landesteilen. In diesem Zusammenhang werden die verhältnismäßig neuen Felder von Changqing im Raume Shaanxi/Gansu/Ningxia in Nordwestchina mit Reserven von insgesamt 300 Mio.t genannt. Sie sollen im letzten Jahr 1,4 Mio.t Rohöl gefördert haben. Außerdem wurden sechs Förderbohrungen für Erdgas durchgeführt, nachdem ein Versuchsbohrloch 300.000 cbm Gas zutage gefördert hatte. (NfA, 23.7.87) -lou-

* (33)

Dringendes Rundschreiben des Staatsrates über die Getreideproduktion

Die chinesische Nachrichtenagentur *Xinhua* veröffentlichte am 29.Juni 1987 den Text eines "Dringenden Rundschreibens des Staatsrates".

Darin heißt es zunächst:

Die Verbindung des vertragsmäßigen Ankaufes von Getreide mit der Lieferung von preiswertem Kunstdünger und Dieselöl sowie der Zahlung von Ankaufdepositen ist eine wichtige Politik, die darauf zielt, den Enthusiasmus der Bauern zur Getreideproduktion zu erwecken. Diese Politik ist von den breiten Massen der Bauern gut angenommen worden. Die Anstrengungen zur Sicherstellung der wirklichen Durchführung dieser Politik beziehen sich nicht nur direkt auf die Produktion von Getreide, sondern sie betreffen auch die Glaubwürdigkeit der Politik der Partei und der Regierung im Volke. Seit der Frühjahrsbestellung in diesem Jahr haben alle Gebietskörperschaften eifrige Bemühungen unternommen, diese Politik in die Tat umzusetzen, und die Lage im allgemeinen ist gut. In einigen Gebieten gibt es jedoch gewisse Probleme bei der Durchführung der Politik der "Drei Verbindungen", was zu Beschwerden der Bauern geführt hat. Um die Ernsthaftigkeit dieser Politik aufrechtzuerhalten und den Enthusiasmus der Bauern zur Getreideproduktion zu erwecken und zu schützen, wird hiermit das Folgende bekanntgegeben.

In fünf Punkten wird dann zur Durchführung der Politik aufgerufen. Unter dem ersten Punkt werden die Volksregierungen aller Ebenen und die infrage kommenden Abteilungen des Staatsrates gebeten, die Politik der "Drei Verbindungen" resolut durchzuführen.

Unter Punkt 2 heißt es: Prompte Vorkehrungen sollten hinsichtlich der Lieferung von Kunstdünger und Dieselöl sowie der Zahlung von Ankaufdepositen an die Bauern getroffen werden. Dies sollte in Phasen getan werden, und zwar jede Phase für eine Gruppe von Bauern in Übereinstimmung mit den Regeln, damit sie zufriedengestellt werden, wie es die Politik vorsah. Abteilungen, die Kunstdünger und Dieselöl produzieren, sollten ihre Produktions- und Lieferquoten ohne Verzögerung erfüllen. Falls sie nicht die Lieferverpflichtungen erfüllen, so sollten die geplanten Zahlungen an sie entsprechend reduziert werden. Transportabteilungen sollten dem Transport von Kunstdünger und Dieselöl Priorität einräumen und sollten diesen nicht verzögern. Die Versorgungs- und Vermarktungsabteilungen sollten diese Materialien recht-

zeitig liefern. Sie sollten sicherstellen, daß jene beliefert werden, die die Ankaufcoupons haben.

Unter 3. heißt es, daß einige Gebietskörperschaften die Getreideankaufquoten und die Standards der "Drei Verbindungen" zusätzlich zu jenen, die von den zentralen Behörden festgesetzt worden waren, eigenständig erhöht hätten. In diesem Fall sollten die betroffenen Gebietskörperschaften sorgfältig die Lieferung des zusätzlichen Materials und die Zahlung der zusätzlichen Depositen an die Bauern prüfen und entschlossene Schritte unternehmen, um diese Versprechungen zu erfüllen.

Unter Punkt 4 heißt es, daß Materialien und Finanzmittel, die den Bauern in Zusammenhang mit den Getreidelieferverträgen zur Verfügung gestellt werden sollen, besonders zu behandeln seien. Keine Gebietskörperschaft, keine Abteilung und kein Einzelner darf diese Dinge zurückhalten, einbehalten oder sie privat verteilen oder anderen Zwecken zuführen. Verboten ist auch die Praxis des "Austausches von Niedrigpreismaterialien in Materialien zu ausgehandelten Preisen".

In dem letzten Punkt 5 wird erklärt, daß zur sicheren Durchführung der Politik der "Drei Verbindungen" die Zentrale Wirtschaftskommission die Führung übernehmen solle, um gute organisatorische und koordinierende Arbeit zu tun.

Dieses dringende Rundschreiben war nötig geworden, um den Mißständen zu begegnen, über die von der chinesischen Presse ausführlich berichtet wurde. Als Beispiel soll hier nur über einen Brief berichtet werden, den ein Bauer aus dem Städtchen Guzhuangdian, Kreis Fangcheng, in der Provinz Henan, geschrieben hatte, der unerwartet in Beijing eintraf und in Zhongnanhai, dem Regierungsviertel, abgeliefert wurde. Der Brief war an Premierminister Zhao Ziyang gerichtet. Es hieß darin: "Unsere höheren Behörden setzten 3 kg Niedrigpreis-Kunstdünger für 50 kg Weizen fest. Dennoch wurden in unserem Städtchen nur 1,73 kg Niedrigpreis-Kunstdünger für 50 kg Weizen verteilt. Um die Dinge noch schlimmer zu machen, konnten wir, als wir zur Kunstdüngerstation gingen, nur 1 kg Kunstdünger mit einem Coupon für 2 kg bekommen. Im Fall von Dieselöl war die Lage sogar noch

ärgerlicher. Nach den Regelungen in unserem Städtchen hatte der Dieselölcoupon nur Gültigkeit bis zum 20. Mai, obgleich doch die Worte 'gültig bis zum Ende 1987' ganz klar aufgedruckt waren. Als die Massen Dieselöl kaufen wollten, bevor es zu spät war, waren sie nicht in der Lage, jemanden zu finden, der den Coupon ausstellen wollte. Viele Menschen legten ihre Farmarbeit nieder und reisten eine große Strecke, um zu versuchen, den Ölcoupon zu bekommen, doch sie konnten auf der Station niemanden zur Herausgabe des Coupons finden..."

Daraufhin wurde am 16. Juni in Zhongnanhai eine Sitzung der beteiligten Einheiten abgehalten. Noch am Nachmittag desselben Tages sandte das Handelsministerium spezielles Personal in das Städtchen Guzhuangdian, wo sie sich mit Gruppen der Provinz, der Präfektur und des Kreises trafen, um den Fall zu untersuchen. Am nächsten Tag führte Handelsminister Liu Yi eine Arbeitsgruppe in die ländlichen Gebiete von Henan, um herauszufinden, wie die Politik der Verbindung von Getreideankauf mit Materiallieferungen durchgeführt würde... Am Nachmittag des 22. Juni wurde in dem Dorf Yang Zhang, das zum Städtchen Guzhuangdian gehört, eine Dorfsammlung abgehalten, auf der der frühere Parteisekretär des Dorfes Selbstkritik übte und 371,4 ¥ an die Dörfler zurückzahlte, die Differenz aus dem zurückbehaltenen Kunstdünger und dem zurückbehaltenen Dieselöl. (Xinhua, 29.6.1987, zit. nach SWB, 4.7.1987; Xinhua, 2.7.1987, zit. nach SWB, 9.7.1987) -lou-

*(34)

Hohe Lebenshaltungskosten in Beijing: Das Beispiel einer Windschutzscheibe

Immer wieder werden die hohen Lebenshaltungskosten für Ausländer in der Volksrepublik China von diesen beklagt. Das *Asian Wallstreet Journal* veröffentlichte nun die Erfahrungen eines Diplomatenhepaares, das in Beijing eine Windschutzscheibe für ein Toyota-Fahrzeug einsetzen lassen wollte.

Der Kostenvoranschlag für den Einbau einer neuen Windschutzscheibe lautete auf ca. 900 ¥. Daraufhin erhielt die Reparaturwerkstatt den Auftrag, die Windschutzscheibe aus Japan zu importieren. Nach mehr als zwei (sic) Monaten

war die Reparatur ausgeführt, und die Frau des Diplomaten erhielt zunächst eine Rechnung in Höhe von 3.300 ¥. Doch damit nicht genug; in der Folgezeit erhöhte sich bei mehreren Besuchen die Rechnung. Es folgt die Zusammensetzung der Rechnung nach den Notizen der Diplomatenfrau:

Windschutzscheibe	574,00 ¥
Luftfrachtgebühr	574,00 ¥

	1148,00 ¥
Versicherungsgeb.	3,00 ¥

	1151,00 ¥
80% Zoll	921,00 ¥

	2072,00 ¥
ca.16% Mehrwertsteuer	331,00 ¥
Bank- u. Importgebühr	26,00 ¥

	2429,00 ¥
20% "Gebühr"	485,00 ¥

	2914,00 ¥
14% Verwaltungsgebühr	408,00 ¥

	3322,00 ¥
Für import.Klebstoff	400,00 ¥
Einbau der Scheibe	200,00 ¥
Verkleben der inneren Falz	198,00 ¥

	4120,00 ¥
Sonstiges	46,99 ¥

Gesamtrechnung	4166,99 ¥

Bei ihren verschiedenen Besuchen in der Reparaturwerkstatt war die Diplomatenfrau stets von mehreren Angestellten umgeben, die über verschiedene Preise diskutierten. Einmal habe jemand aus der Reparaturabteilung gesagt, wie könne das nur so teuer sein, es wäre zuviel. Während eines Besuches nannte ein Angestellter einen Preis von 500 ¥ für eine Kanne importierten Klebstoffs. Bei einem anderen Besuch nannte ein anderer Angestellter einen Preis von 400 ¥ für den Klebstoff, bei dem es schließlich blieb.

Die Reparaturwerkstatt nennt sich Toyota Automobile Service Department, eine Filiale der Beijing Automobile Repair Co., ein 100%iges chinesisches Unternehmen. In der Reparaturwerkstatt steckt kein japanisches Kapital, doch hatten japanische Techniker chinesische Mechaniker im Rahmen eines Zusammenarbeitsabkommens ausgebildet.

Der Direktor der Reparaturwerkstatt gab zu, daß einige Arbeiter sich nicht um die Preislisten kümmerten und die Gebühren so festsetzten, wie sie es für richtig hielten. Aber auch er war hinsichtlich der erhobenen Steuern unsicher. Nachdem er zuerst erklärt hatte, die Steuern sollten als Prozentsätze der Preise der Ersatzteile festgesetzt werden, so verwies er an eine andere Abteilung, als er mit den Erfahrungen des Diplomatenhepaares konfrontiert wurde.

Als die Frau des Diplomaten eine detaillierte Rechnung verlangte, hieß es, daß dies nicht möglich sei. Der Direktor der Reparaturwerkstatt erklärte denn auch, das Ausschreiben detaillierter Rechnungen "sei zuviel Arbeit". Die Werkstatt repariere 400 - 500 Fahrzeuge pro Monat und könne nicht jedem eine detaillierte Rechnung ausstellen.

Die verantwortliche Person für die Finanzabteilung der Reparaturwerkstatt erklärte, daß das Unternehmen die Steuern korrekt berechnet habe, die Festsetzung sei nach den von der Stadt erlassenen Regeln erfolgt. Sie erklärte weiter, daß die "Gebühr" variabel sei und daß die Werkstatt sich überlege, sie auf 15% zu verringern. Warum denn dies nicht sofort geschehen sei, wurde gefragt. "Wir würden Geld verlieren", war die Antwort dieser verantwortlichen Person. (AWSJ, 14.7.1987) -lou-

*(35)

Steigende Geburten- und natürliche Wachstumsraten sowie Zunahme der Verstädterung

Nach Zahlen der Zentralen Familienplanungskommission betrug die gesamte Bevölkerung der Volksrepublik Ende 1986 1,057.210 Mrd. Menschen, das waren 3,34 Mio. mehr als 1985. Die Geburtenrate sowie die natürliche Wachstumsrate hätte 1986 einen steigenden Trend gezeigt. Die Geburtenrate lag bei 2,08%, sei damit höher als in den drei vorangegangenen Jahren (1983 1,86%, 1984 1,75% und 1985 1,78%). Die natürliche Wachstumsrate der Bevölkerung betrug 1986 1,285% gegenüber 1,123% im Jahre 1985.

Lian Jimin, der Sprecher der Zentralen Familienplanungskommission, erklärte, daß der Grund für den Anstieg darin bestehe, daß die Menschen, die während des zweiten Babybooms - beginnend im Jahre 1962 - geboren worden seien,

nun in das heiratsfähige Alter einträten. Das Ergebnis sei ein Anstieg der Zahl der geburtsfähigen Frauen und der Heiraten. Nach den Statistiken gab es im Jahre 1986 einen Anstieg von 9 Mio. geburtsfähiger Frauen gegenüber dem Jahr 1985. Die Zahl der Erstheiraten im Jahre 1986 betrug 9,34 Mio., das waren 560.000 mehr als im Vorjahr.

Der Sprecher wies auch darauf hin, daß es einen Anstieg in der Zahl der zweiten Geburten für jene ländlichen Familien gäbe, die wirkliche Schwierigkeiten hätten. Die Anzahl der dritten und weiteren Geburten sei immer noch hoch. Unter den Geburten des Jahres 1986 machten die Erstgeburten 51,2% aus, die Zweitgeburten 31,5% und die Drittgeburten 17,3%. Schließlich sei in den letzten beiden Jahren die Zahl der Spätheiraten zurückgegangen und die Zahl der Frühheiraten angestiegen; des weiteren seien nachlassende Anstrengungen in bezug auf die Familienplanung in einigen Gebieten zu konstatieren.

In diesem Jahr gäbe es einen dritten Babyboom, der gewaltige Arbeit für die Familienplanungsinstitutionen des Landes bedeute. Seit Anfang d.J. hätten die Regierungen aller Ebenen der Familienplanung mehr Aufmerksamkeit geschenkt und sich bemüht, den Anteil der Einzelgeburten zu erhöhen. Die Politik bezüglich der von Minderheiten bewohnten Gegenden wird weiterhin flexibel bleiben. Ungeplante zweite und dritte Geburten würden strikt verboten werden, um das Bevölkerungsziel zu erreichen, das auf ca. 1,2 Mrd. um das Ende dieses Jahrhunderts festgesetzt worden sei.

Die Verstädterung in der Volksrepublik nahm zu. Die Zahl der Städte stieg von 324 im Jahre 1985 auf 353 im Jahre 1986. Die gesamte städtische Bevölkerung (nicht jedoch jene der Kreise unter der Jurisdiktion der Städte) betrug im Jahre 1986 233,24 Mio., das waren 21,27 Mio. mehr als 1985. Die gesamte städtische Bevölkerung macht nun 22,13% der Gesamtbevölkerung aus, wobei die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung 52,58% der Städte insgesamt ausmacht. Diese Daten wurden vom Ministerium für die öffentliche Sicherheit veröffentlicht. Im Juni 1986 gab dieses Ministerium zum ersten Mal die Zahlen für Chinas Städte und deren Bevölkerung zum Ende des Jahres 1985 bekannt. Jetzt wurden die neuen Zahlen für 1986 veröffentlicht.

Die Zahl der Städte mit einer nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung von mehr als 1 Mio. beträgt 23. Acht dieser Städte haben eine nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung von mehr als 2 Mio. Dies sind Beijing, Shanghai, Tianjin, Shenyang, Wuhan, Guangzhou, Harbin und Chongqing. Die anderen 15 haben eine nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung zwischen 1 und 2 Mio. Drei Städte haben eine nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung zwischen 500.000 und 1 Mio.; 95 mittelgroße Städte haben eine nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung zwischen 200.000 und 500.000. 204 kleine Städte haben eine nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung von unter 200.000.

Die Provinzen Shandong und Hunan haben mit je 22 Städten die meisten Städte, es folgt Hubei mit 20 Städten.

Provinzen mit einer gesamten städtischen Bevölkerung von mehr als 10 Mio. sind Shandong, Liaoning, Hubei, Sichuan, Guangdong, Heilongjiang, Jiangsu, Hunan und Hebei. (XNA, 8.7.1987 u. 6.7.1987, zit. nach SWB, 22.7.1987) -lou-

*(36)

Seidenproduktion soll ausgeweitet werden

Nach Zahlen der Zentralen Planungskommission wird die Volksrepublik ihre Seidenproduktion auf einen gesamten Produktionswert von 10 Mrd.Yuan bis zum Jahre 1990 ausweiten, das bedeutet einen Anstieg gegenüber 1985 um 22%. Weitere wichtige Ziele, die vom Staat für die Zeit des 7.Fünffjahresplanes (1986-1990) festgesetzt wurden, sind: 350.000 t Seidenkokons, 1,7 Mrd.m Seidentuch, darunter 780 Mio.m Reinseidentextilien; Inlandabsatz von 1 Mrd.m Seide, Export von Roh- und bearbeiteten Seidenprodukten im Werte von 1,5 Mrd.US\$, darunter 30% Seide, 37% Seidentuch sowie 33% Seidenbekleidung und andere Produkte.

Während der genannten Periode wird ein Wandel hinsichtlich der wichtigsten Exportgüter eintreten, und zwar von den Rohmaterialien und einfachen Seidentuchen hin zu anspruchsvolleren Produkten. Um das Jahr 2000 sollen Seide 25%, Seidentücher 35% und Kleidungsstücke sowie andere anspruchsvolle Produkte 40% der exportierten Seidenprodukte ausmachen.

Seide ist eines von Chinas traditionellen Exportgütern und hält einen wichtigen Platz im Weltmarkt inne. Chinas Ausstoß von Rohseide beläuft sich auf 60% der gesamten Weltproduktion, während seine Seidenexporte 90% der Seide ausmacht, die auf dem Weltmarkt verkauft wird.

Es gibt nun 757 Seidenfabriken in der Volksrepublik (darunter 522 staatliche, 225 kollektive sowie 10 Fabriken, die gemeinsam von Staat und von Kollektiven betrieben werden. Die Zahl der Arbeitskräfte beträgt 530.000, die Kapitalanlagen in der Seidenindustrie haben einen Wert von 3,2 Mrd.Yuan; es gibt 142.800 Maschinen, 170.000 Spindeln und eine Gesamtkapazität zur Produktion von 1,34 Mio. Haspeln sowie zum Drucken und Färben von 1,5 Mio.m Seidenstoff.

Während der Periode des 6.Fünffjahresplanes (1981-1985) wurde Chinas Seidenproduktion mit 33,2 Mrd.Yuan bewertet, das war ein Anstieg von 85,5% gegenüber der Periode des 5.Fünffjahresplanes (1976-1980). In derselben Zeit überwies die Seidenindustrie 5,15 Mrd.Yuan an Steuern und Gewinnen an den Staat, nahm insgesamt 4,23 Mrd.US\$ durch Exporte ein, was einem Anstieg von 49,4% gegenüber der 5.Fünffjahresperiode entspricht.

Während des Zeitraumes von 1981-1985 nahm der Ausstoß an Seide auf 190.000 t zu, der Ausstoß von Seidentextilien machte insgesamt 5,4 Mrd.m aus. Die Palette der Seidenexporte wurde ebenso verbessert, mit einem Rückgang des Seidenexportes (Rohmaterial) von 48,7 auf 40,5%, einem Anstieg in bezug auf Seidentuche von 33,8% auf 36,8% sowie ebenfalls einem Anstieg bei Seidenkleidern und anderen fortgeschrittenen Produkten von 17,5 auf 22,77%.

Die Seidenindustrie der Volksrepublik hat ihre Technologie und ihre Ausrüstungen verbessert und die Produktionskapazität durch technische Renovierung vergrößert. Die Zahl der Webstühle nahm von 60.000 im Jahre 1980 auf 106.000 im Jahre 1985 zu, auch der Anteil der breiten Webstühle sowie von Jacquard-Webstühlen nahm zu. (XNA, 28.7.87) -lou-

*(37)

Chinas Wandel von der "Produktwirtschaft" zur "sozialistischen Warenwirtschaft" in Zahlen

Auf der Jahrestagung des chinesischen Bundes für das Studium der Wirtschaftsstrukturreform, die in

Hunan abgehalten wurde, wurde festgestellt, daß als Ergebnis von acht Jahren Wirtschaftsreform sich Chinas Wirtschaft von einer Natural- und Produktwirtschaft zur sozialistischen Warenwirtschaft gewandelt habe. Die Experten auf dieser Konferenz drückten dies in einer Reihe von Zahlen aus:

(1) Die Anzahl der Produkte, die der staatlichen Befehlsplanung unterstehen, hat von 120 im Jahre 1984 auf nun 60 abgenommen.

(2) Die Materialien unter der einheitlichen staatlichen Verteilung sind von 156 im Jahre 1984 auf 20 herabgesetzt worden. Die Güter unter der geplanten Verwaltung des Handelsministeriums sind von 188 im Jahre 1979 auf nun 23 heruntersgesetzt worden.

(3) Der Anteil des Investbalkapitals aus Regierungskanälen ist von 77,6% im Jahre 1978 auf 31,6% im Jahre 1986 herabgesetzt worden, während der Anteil aus Bankkanälen sich von 23,4% auf 68,4% erhöht hat.

(4) Die "Warenrate" der Industrie- und landwirtschaftlichen Güter erreichte im Jahre 1986 63,9%.

(5) Der Anteil der wichtigsten Produktionsmaterialien, die von den Unternehmen selbst verkauft werden, ist stetig angestiegen. Im Jahre 1986 wurden 32% des Stahls von den Unternehmen selbst verkauft. Für Zement betrug der Anteil 48% und für Kohle 25%.

(6) Die Anzahl jener Güter, für die flottierende bzw. Marktpreise gelten, macht nun 65% der landwirtschaftlichen Produkte, 55% der industriellen Konsumgüter und 40% der Produktionsgüter aus.

(7) Die gesamte Kapitalflußsumme zwischen den Städten betrug 30 Mrd.¥ im Jahre 1986.

(8) Der Anteil des Exportvolumens am Buttionationaleinkommen ist von 5,6% im Jahre 1979 auf 12% im Jahre 1986 angestiegen.

(9) Bis 1986 betrug die Auslandsinvestitionen in der Volksrepublik 20,6 Mrd.US\$, ca. 10.000 Technologieeinheiten waren importiert worden.

(Radio Changsha, 7.7.1987, zit. nach SWB, 9.7.1987) -lou

*(38)

Beispiele für erfolgreiche Unternehmen mit Anteilsscheinen

Im September 1986 wurde die Shanghaier Aktienbörse eröffnet. Gehandelt wurden Anteilsscheine und Obligationen, die von 1.480 Unternehmen ausgegeben waren und die einen Wert von 225 Mio.Yuan hatten. Obgleich der Umfang dieser Finanzierungsinstrumente bislang noch gering ist, wird dennoch erwartet, daß die neuen Instrumente eine zunehmend wichtige Rolle in Chinas komplexem Finanzsystem spielen werden. Sie sollen wettbewerbsfördernd wirken und die Reform vorantreiben.

Obgleich die Anteilsscheine der Unternehmen relativ gering sind im Vergleich zu den Obligationen, die von der Regierung ausgegeben werden, so stellen sie doch eine potentiell wichtige Quelle der Finanzautonomie und Flexibilität für Chinas rapide sich entwickelnden Kollektivsektor dar, insbesondere den Bereich der kleineren Betriebe außerhalb des Sektors des staatlichen Eigentums.

Die Anteilsscheine können zwei Formen annehmen: Zum einen können sie auf die Angestellten eines Unternehmens begrenzt werden, zum anderen können sie für die Öffentlichkeit frei zugänglich sein. Der Zweck der ersteren ist es, die Arbeiter zu motivieren und ihre Löhne direkter an die Leistungen des Unternehmens zu binden. Die zweite Art zielt darauf, einen neuen Kanal für Investitionsfonds zu eröffnen, und zwar durch die Nutzbarmachung der ansteigenden Sparkonten von Unternehmen und Privaten. Die Ausgabe von Anteilsscheinen und die entsprechenden Märkte werden auch als ein Mittel verstanden, die Konkurrenz um Fondsmittel zwischen den Unternehmen zu stärken, wodurch die Anhebung der Effizienz und der Produktivität erreicht werden soll.

Eine gute Illustration für die Flexibilität, die mittels Anteilsscheinen erreicht werden kann, wird gegeben durch die Shanghai Yanzhong Industrial Co. Diese entstammt einem Kollektivunternehmen, nämlich der Yanzhong Copying Industry Co., die sich auf Fotokopiereinrichtungen und Dienstleistungen spezialisiert hat, doch ebenso eine Reihe von Firmen verwaltet, die u.a. medizinische Instrumente, Haushaltsgüter aus Pla-

stik und Kleidung herstellen. Im Jahre 1975 begab dieses Minikonglomerat eine öffentliche Anleihe in Höhe von 5 Mio.Yuan, gestückt in 100.000-Anteilsscheinen zu je 50 Yuan. Die auf diese Weise aufgetragenen Finanzmittel sollten zur Finanzierung der eigenen Expansion und zur Beteiligung in neuen Joint Ventures mit ausländischen Firmen dienen. Heute ist das Unternehmen an vier solcher Joint Ventures beteiligt: an der Hongkonger Filiale einer amerikanischen Firma, die Angelruten herstellt; an den Unternehmen eines Auslandschinesen in den Philippinen, das Brötchen für Frikadellen herstellt; an einem Hongkonger Unternehmen, das Plastikartikel herstellt; und an einer japanischen Gesellschaft, die Feuerzeuge produziert. Die Anleihe hat auf diese Weise Umfang und Diversifizierung des Unternehmens ausgeweitet.

90% der Anteilsscheine wurden von Privatpersonen gekauft; 6% gingen an die ursprüngliche Gesellschaft für Fotokopierausrüstungen und 4% an eine staatliche Werft. Es gibt 18.000 Anteilseigner, von denen nur 1,5% dem Unternehmen als Angestellte angehören. Dem größten privaten Anteilseigner gehören 800 Anteilsscheine. Die Anteilseigner erhalten einen garantierten Zinssatz von 7,2% pro Jahr, was dem normalen Bankzinssatz für Einlagen entspricht. Des weiteren erhalten sie eine zusätzliche Nettodividende von 6%, die die Gewinnträchtigkeit des Unternehmens reflektiert. Im Jahre 1986 gab diese zusätzliche Summe jedoch nicht die Leistung des Unternehmens wieder, dennoch wurde gezahlt, um das Ansehen des Unternehmens zu erhöhen in der Hoffnung, für zukünftige Anleihen auch Käufer zu gewinnen.

Die Ausgabe der Anteilsscheine führte zu fundamentalen Veränderungen in der Verwaltungsstruktur des Unternehmens. Zuvor war der Hauptgeschäftsführer durch die Bezirksregierung ernannt worden. Nach der Bildung des neuen Unternehmens auf Anteilsscheinbasis wird der Hauptgeschäftsführer nun durch einen Verwaltungsrat der Direktoren ernannt; die lokale Regierung hat keine Einflußmöglichkeiten mehr.

Der Verwaltungsrat wird auf einer jährlichen Vertretungskonferenz der Anteilseigner gewählt. An dieser Konferenz dürfen jedoch nur jene teilnehmen, die mindestens

100 Anteilsscheine besitzen - in diesem Falle sind dies nur 400 Leute bzw. 2,2% der insgesamt 18.000 Anteilseigner. Der Verwaltungsrat wählt seinen Vorsitzenden, der dann den Hauptgeschäftsführer empfiehlt. In diesem Falle waren der Vorsitzende und der Hauptgeschäftsführer dieselbe Person, ein unternehmerisch begabter Mann namens Zhou Xinrong, der auch Hauptgeschäftsführer der ursprünglichen Gesellschaft war.

Hu Gang ist der Hauptgeschäftsführer eines zweiten Unternehmens, nämlich der Shanghai Modern Consulting Co., das von jungen Akademikern und anderen Spezialisten auf der Basis von Anteilsscheinen im Werte von je 5 Yuan organisiert wird. Die einzelnen Mitglieder halten von 1 bis über 1.000 Anteilsscheine. Der Hauptgeschäftsbereich dieses Unternehmens ist Beratungstätigkeit für die lokale Regierung sowie Industrie- und Handelsfirmen. Es ist das erste Unternehmen dieser Art, das eine offizielle Genehmigung erhalten hat.

Shanghai Modern Consulting Co. kann mit einem beträchtlichen Grad von Unabhängigkeit von Regierungsagenturen auf den verschiedenen Ebenen arbeiten, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil es in der Lage ist, sich selbst zu finanzieren. Firmen dieser Art bilden den sich schnell ausweitenden Sektor von quasi privaten Unternehmen außerhalb der direkten staatlichen Kontrolle.

Chinesische Politiker haben die Ausweitung von Unternehmen auf der Basis von Anteilsscheinen sowie die Anteilsscheinmärkte mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Genehmigungen müssen von der Zentralbank eingeholt werden, und solche Genehmigungen werden strikt kontrolliert. Manche Planer fürchten, daß die Ausweitung von Anteilsscheinen ihre Fähigkeit schwächen wird, die Finanzen zu steuern und die Investitionen zu kontrollieren.

Seit März 1987 ist es den staatlichen Unternehmen ausdrücklich verboten, Anteilsscheine auszugeben. Sie können jedoch Obligationen begeben. Der wichtigste Grund dafür besteht darin, den staatlichen Sektor zu beleben, jedoch das Prinzip des öffentlichen Eigentums beizubehalten, während den früher staatlichen Unternehmen eine autonome Betriebsweise erlaubt wird. (AWSJ, 2.7.87) -lou-

*(39)

Ambivalente Position der Makler

Drei Jahre lang versuchte die Tianjin City Development Corp. 5.000 t Stahl zu verkaufen. Mehr als 100 potentielle Kunden schauten sich den Stahl an, doch niemand gab einen Auftrag. Die Gesellschaft wollte bereits aufgeben. Anfang des Jahres fand jedoch Xu Guangyou, ein Makler aus Chongqing, einen Kunden. Die Transaktion wurde im Mai 1987 durchgeführt, und das Unternehmen aus Tianjin zahlte an Xu eine Kommission in Höhe von 37.000 Yuan.

Fast 40 Jahre lang waren Makler als Spekulatoren und Profiteure verteufelt worden. Nun arbeiten jedoch Makler beispielsweise in Chongqing im Rahmen eines Experimentes, das im September 1986 von der Stadtregierung begonnen wurde. Chongqing in der Provinz Sichuan ist neben wenigen anderen Städten in der Volksrepublik ausgewählt worden, wirtschaftliche Reformenexperimente zu machen. Zum erstenmal seit 1949 können Makler legal arbeiten. Im April 1987 begann auch die Stadt Wuhan in der Provinz Hubei damit, Genehmigungen für Makler auszustellen. Kader aus Nanjing, Shenyang, Guangzhou und einem weiteren halben Dutzend anderer Städte sind nach Chongqing entsandt worden, um das Experiment zu studieren.

Viele Chinesen sind aber immer noch davon überzeugt, daß die Kommissionen der Makler illegales Einkommen darstellen. Sogar solche, die die Notwendigkeit von Kommissionen akzeptieren, fragen, ob es vernünftig sei, daß ein Makler für eine einzige Transaktion 37.000 Yuan kassiert.

Die Makler sind ihrerseits nicht sehr glücklich angesichts dieser kritischen Äußerungen. Einige sagen, sie würden ihre Kinder nicht ermutigen, diese Tätigkeit aufzunehmen. Andere teilten mit, daß ihre Familien ihre Tätigkeiten mißbilligten. Der niedrige Sozialstatus und eine mißtrauische Öffentlichkeit machten ihre Arbeit schwierig, sagen die Makler.

Kader aus Chongqing haben selbst dazu beigetragen, das negative Image der Makler zu festigen.

Nach Einführung der Wirtschaftsreformen im Jahre 1978 gab es in Chongqing immer mehr Makler. Doch damals unterband die Stadtregierung deren Aktivitäten. Im Jahre 1984 untersuchten die städtischen Behörden die Aktivitäten der Makler und entschieden, daß sie mehr Gutes als Schlechtes tun könnten. Die Stadt suchte in Beijing um Genehmigung für die Maklertätigkeit nach. Es dauerte zwei Jahre, um diese Genehmigung zu bekommen.

Viele Makler haben sich geweigert, Lizenzen zu beantragen, weil sie die Ernsthaftigkeit der Stadt Chongqing in Zweifel ziehen, die Reform weiter voranzutreiben. Seit September 1986 haben 231 Makler in der Stadt eine Lizenz erhalten. Nach offiziellen Schätzungen sollen ca. 4.000 Makler illegal in Chongqing arbeiten.

Viele Makler wollen keine Lizenzen, weil sie keine Steuern zahlen und nicht durch die Regierung überwacht werden wollen. Einige lizenzierte Makler beklagen sich darüber, daß die Steuern und Gebühren, die an die Regierung zu zahlen sind, zu hoch und daß die Regeln für ihre Aktivitäten zu vage formuliert seien. Diese Makler weisen beispielsweise darauf hin, daß es zwei Dutzend Produkte gäbe, wie z.B. Stahl und Baumwolle, mit denen sie nicht arbeiten können, falls diese unter die staatlichen Produktionspläne fallen. Manchmal wisse man nicht, so ein Makler, ob diese Produkte unter die staatlichen Pläne fielen oder nicht. Auf diese Weise könne man leicht gegen ein Gesetz verstoßen, ohne es zu wissen.

Einige Kader erklären, daß die Maklertätigkeit eine gute Zukunft habe, weil die zentrale Planung in der Wirtschaft abnehme. Jene Unternehmen, denen es an Marketing-erfahrungen fehle, würden die Hilfe von Maklern benötigen. Da immer mehr Unternehmen aus unterschiedlichen Provinzen miteinander Handel trieben, wachse der Bedarf an Maklertätigkeit.

94% der 231 lizenzierten Makler in Chongqing sind pensionierte Fabrikdirektoren und Arbeiter. Die Lizenzierung erfordert einen Test in Geschäftskennntnissen. Die Hälfte aller Anträge wird zurückgewiesen.

Zwischen September 1986 und Mai 1987 wurden mit Hilfe von Chongqings lizenzierten Maklern Transaktionen im Gesamtwert von 720 Mio.Yuan abgeschlossen. 80% davon waren Rohmaterialien, 11% Industriegüter und 9% landwirtschaftliche Produkte. Die drei Börsen der Stadt, nämlich die Industriegüterbörse, das Rohmaterialhandelszentrum und das Vereinigte Handelszentrum für landwirtschaftliche Produkte, die die Tätigkeit der Makler überwachen, überprüfen sorgfältig die Legalität jeder Transaktion. In den letzten paar Monaten haben diese Börsen 27 illegale Transaktionen aufgedeckt.

Die Makler erheben zwischen 0,5 bis 3% Kommission für Transaktionen von Konsumgütern und zwischen 0,2 bis 2% für Rohmaterialien. Für sog. kleine Waren, wie z.B. Knöpfe, gibt es keine oberen Grenzen hinsichtlich der Kommissionen. Makler zahlen 10% Steuern, wenn sie zwischen 150 bis 300 Yuan pro Monat verdienen. Über 400 Yuan werden sie progressiv von 20 bis 60% versteuert. Des weiteren müssen die Makler 2% des Einkommens als Gebühren an das Industrie- und Handelsamt zahlen sowie weitere 2% an ihre jeweiligen Handelszentren. Ein durchschnittlicher Makler verdient 350 Yuan pro Monat vor Abzügen.

Bislang dürfen die Makler noch keine Plazierungen vornehmen. In Chongqing haben sie vorgeschlagen, daß die drei Börsen der Stadt die Genehmigung erhalten sollten, Plazierungen vorzunehmen, und zwar mit Kapital, das von den Maklern gemeinsam aufgebracht werden soll. Die Börsen könnten dann die Waren durch die Makler verkaufen, was sicherstellen würde, daß den Maklern nicht zu viele Geschäfte entgehen. Gegenwärtig wird dieser Vorschlag überdacht. (AWSJ, 13.7.87) -lou-

*(40)

Bausteuer für "nicht-produktive" Projekte

Vom 6.Juli 1987 an ist für sog. nicht-produktive Projekte, die nicht im Staatsplan enthalten sind, eine Bausteuer in Höhe von 30% zu zahlen. Nach den neuen provisorischen Regelungen betrifft diese Steuer alle Hotels, Gasthäuser, Sanatorien, Theater, Versammlungshallen, Konferenzhallen, Büro- und Ausstellungsgebäude sowie Zentren, die im Staatsplan nicht berücksichtigt wurden.

Die neuen Regelungen sollen die steigenden Ausgaben für den Investbau zurückschneiden und die Investitionsstruktur des Landes anpassen, um die begrenzte Finanzkraft des Landes auf die Vollendung von Schlüsselprojekten zu richten. Die vom Staatsrat erlassenen Regeln verpflichten alle Behörden auf den unterschiedlichen Ebenen, alle nicht-produktiven Einrichtungen, die nun im Bau sind, zu untersuchen. Der Bau jener Projekte, die nicht im Staatsplan enthalten sind, muß gestoppt werden. Jene unvollendeten Projekte, die nach der Untersuchung noch immer für notwendig erachtet werden, unterliegen dann der neuen Bausteuer in Höhe von 30%. (XNA, 7.7.1987) -lou-

*(41)

Reformmaßnahmen im Wohnungswesen

Die Volksrepublik will den Eigenheimbau fördern, so daß das kostspielige und staatlich stark bezuschusste Wohnungsbauwesen mit seinen außergewöhnlich geringen Mieten überwunden werde könne. Eine Reform des Wohnungsbauwesens könne in großem Maßstab die Kosten im Wohnungswesen und die vernunftwidrige Zuteilung von staatlichem Wohnraum ändern, so eine Mitarbeiterin der Reformbehörde für das Wohnungswesen.

Kader überprüften gegenwärtig ein neues Miet- und Verkaufssystem für städtische Wohnungen, um das Problem der Zuteilung in den Griff zu bekommen. Mieter, die in staatseigenen Häusern wohnen, zahlten gegenwärtig eine Monatsmiete von nur 0,1 Yuan pro qm. Das auf diese Weise gesparte Geld werde z.B. für den Kauf von Fernsehgeräten oder Kühlschränken verwandt. Gleichzeitig aber gäbe es nicht einmal genug Wohnungen für alle.

Seit 1979 gibt die Regierung Häuser, die während der Kulturrevolution beschlagnahmt worden waren, an ihre Eigentümer zurück. Gleichzeitig wird der Verkauf von Häusern an Privatpersonen gefördert. So waren im vergangenen Jahr etwa 4,27 Mio.qm staatlicher Wohnfläche an Privatpersonen verkauft worden. Diese Zahl mache jedoch nur 2,24% aller Häuser aus, die 1986 in städtischen Gebieten ge-

baut worden seien. Einige dieser Häuser habe man zuvor verkauft, wobei durch staatliche Hilfgelder der Verkaufspreis niedrig gehalten worden sei. Zukünftig sollen mehr Häuser an solche Personen veräußert werden, die zur sofortigen Bezahlung der Gesamtsumme in der Lage seien. (China Daily, 27.6.87) -lou-

*(42)

Normen für Wohnungsbau

Zum erstenmal hat China Normen für den Wohnungsbau aufgestellt, die seit dem 1.Juli 1987 Gültigkeit haben. Sie gelten für den staatlichen Wohnungsbau im städtischen Bereich, d.h. in Städten sowie für Wohnungen von Industriebetrieben und Bergwerken, und zwar bei Neubau, Umbau und Erweiterungsbau von Wohnhäusern oder -blocks unter 30 Stockwerke. Nach den Normen soll jede Wohnung Schlafzimmer, Küche, Toilette und Abstellraum haben. Es gibt drei Kategorien von Wohnungen: kleine, mittlere und große. Die kleinen Wohnungen sollen nicht unter 18 qm, die mittleren nicht unter 30 qm und die großen nicht unter 45 qm Nutzraum haben. Die Raumhöhe soll zwischen 2,40 und 2,80 m betragen. Außerdem muß jede Wohnung mindestens ein Sonnenzimmer haben. Vorschriften gibt es auch hinsichtlich Tageslicht, Belüftung sowie Lärm- und Hitzeisolierung (RMRB, 1.7.87).

In den Städten besteht nach wie vor akuter Wohnungsmangel. Entsprechend niedrig sind die Ansprüche. Die nun zum erstenmal aufgestellten Normen bedeuten einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der städtischen Wohnverhältnisse. Auf dem Lande steht den Haushalten zumindest in den wohlhabenden Gebieten in der Regel mehr Wohnraum zur Verfügung als im städtischen Bereich. -st-

*(43)

Das "Guan Guangmei-Phänomen": Ist Leasing noch sozialistisch?

Seit ca. zwei Jahren wird teilweise heftig über das "Guan Guangmei-Phänomen" diskutiert. Dahinter steht die Frage, ob das Leasing durch Privatpersonen noch mit dem Sozialismus zu vereinbaren sei.

Guan Guangmei ist heute eine erfolgreiche Unternehmerin, die in der Landwirtschaft startete. Nach Abschluß der Mittelschule im Jahre 1968 arbeitete sie in einer Kommune in der Gegend der Stadt Benxi, die 1,4 Mio. Einwohner hat und etwa 80 km südöstlich von Shenyang, der Hauptstadt der Provinz Liaoning, liegt. Schließlich wurde sie zur Leiterin einer Produktionsgruppe von 340 Personen gewählt. Im Jahre 1971 wurde sie nach Benxi versetzt, wo sie in dem Lebensmittelgeschäft Xiaofang Schweinefleisch verkaufte. Nach dreieinhalb Jahren wurde sie zur Chefin der Nahrungsmittelabteilung ernannt und kurz danach zur stellvertretenden Direktorin des ganzen Unternehmens.

Im Jahre 1984 wurde in Benxi verkündet, daß nun auch Privatleute Unternehmen leasen könnten. Diese Entscheidung, so die heute 37jährige Frau Guan, veränderte ihr Leben. Vor zwei Jahren leaste sie ein Geschäft für Zusatznahrungsmittel. Nachdem sie später erfolgreich an Ausschreibungen teilgenommen hatte, konnte sie weitere Geschäfte dieser Art leasen. Heute kontrolliert sie insgesamt acht solcher Geschäfte mit Hilfe einer Holding-Gesellschaft. In diesem Konsortium sind über 1.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Die gesamten Umsätze machen etwa ein Drittel der gesamten Umsätze aller Geschäfte für Zusatznahrungsmittel im Handelssystem der Stadt Benxi aus. Die Gewinne machen etwa die Hälfte der Gesamtgewinne aller dieser Geschäfte in Benxi aus. Frau Guan selbst verdiente in zwei Jahren mehr als 44.000 Yuan.

Im Jahre 1985 traf Frau Guan Herrn Li Ming, den damals 35 Jahre alten Direktor des Politischen Forschungsbüros der Kommunistischen Partei der Stadt, der als Verfechter wirtschaftlicher Experimente gilt. Mit der Genehmigung des Parteisekretärs der Stadt warb sie ihn ab und setzte ihn als stellvertretenden Direktor ihres Unternehmens ein.

Der Erfolg von Frau Guan führte zu einer heftigen Diskussion, die vor allem in der Zeitung "Jingji Ribao" stattfand. Ein Parteimitglied, das ein Vierteljahrhundert in einem der Läden, die von Frau Guan geleast worden sind, gearbeitet hat, kritisierte sie wegen "ihrer

Abneigung gegenüber der Überwachung durch die Partei und ihrer guten Tanzkünste". Ein weiteres Parteimitglied brachte vor, daß sie die Rolle der politischen Erziehung gering erachte. Ein drittes Parteimitglied erklärte, Frau Guan mache sich die Situation zunutze, um selbst Nutzen daraus zu ziehen. Dies habe den Charakter von Ausbeutung.

Auf einer mehr theoretischen Ebene wurden Guans Experimente aber auch befürwortet. Es hieß beispielsweise, daß die Bildung von Handelskonsortien, einschließlich jener, die durch Leasing gebildet worden seien, eine unvermeidliche Forderung innerhalb der laufenden Handelsreformen in China sei. Frau Guans Konsortium habe insofern eine Rolle gespielt, als gemeinsame Einkäufe und getrennte Verkäufe innerhalb der Unternehmen möglich seien, was zu gegenseitigen Anpassungen der Waren, zur zentralisierten Lagerung, zum zentralisierten Transport und anderen Einrichtungen geführt habe. Solche Konsortien wiesen überlegene Charakteristika in bezug auf die Verbesserung wirtschaftlicher Resultate auf, förderten den Umlauf von Kapitalien unter den Mitgliedsfirmen, erhöhten die Kapazität, Risiken zu tragen, usw. Das Leasing-system in diesem Konsortium stelle kein kapitalistisches Handelsmonopol dar, sondern stimmiere im Gegenteil die Entwicklung der Produktivkräfte.

In der "Jingji Ribao" hieß es noch abstrakter, daß ein marxistischer philosophischer Gesichtspunkt lehre, daß alle Phänomene ihre Substanz und damit übereinstimmend ihre Verbindungen hätten. Es gäbe kein "Phänom" ohne Substanz. Was sei denn, so wird gefragt, die Substanz des "Guan Guangmei-Phänomens"? Es sei die Reform der Leasingformen für kleine Unternehmen im Handelsbereich der Verteilung. Ohne Zweifel hätten auch die verschiedenen Phänomene der Reform, darunter auch das "Guan Guangmei-Phänomen", Mängel der einen oder anderen Art. Da die Reform selbst ein Prozeß der Erforschung sei, sollte sie nach und nach im Laufe der Erforschung perfektioniert werden. Aus diesem Grunde hoffe man, daß jeder, der mit der Reform befaßt sei und sie unterstütze, insbesondere wirtschaftliche Theoretiker und Genos-

sen der Partei und der Forschungsabteilungen der Regierung aller Ebenen, ein Studium dieser Phänomene durchführen würde, um die Praxis der Reform weiter zu vertiefen.

Die Gegner dieses Reformelementes brachten vor, daß das legale Einkommen von Frau Guan 20mal so hoch sei wie jenes der Arbeiter und Angestellten in ihren geleasteten Unternehmen. Aufgrund dieser Diskrepanz bei den Einkommen sei diese Praxis nicht länger Sozialismus, Guan sei zu einem "Kapitalisten ohne Kapital" geworden. Andere brachten vor, daß in den geleasteten Unternehmen alles durch den Leasingnehmer entschieden würde, was ein Abweichen von der "Führung durch die Partei" bedeute und deshalb vom sozialistischen Weg abweiche. Die Kritiker fragen, warum der Staat Geschäfte an Guan Guangmei leasen sollte, wodurch es einem Einzelnen möglich sei, ein Vermögen zu verdienen.

Soweit sich dies aufgrund der veröffentlichten Artikel feststellen läßt, sind die Befürworter dieses Reformelementes in der Mehrzahl. Die Diskussion darüber hält aber an. (Zhongguo Xinwen She, Hong Kong, 18.6.1987, zit. nach SWB, 20.6.1987; XNA, 23.6.1987; Jingji Ribao, 17.6.1987, zit. nach SWB, 30.6.1987; AWSJ, 8.7.1987) -lou-

*(44)

Erschreckendes Ausmaß gefälschter Güter

Seit längerem wird im ganzen Lande Klage darüber geführt, daß die Zahl gefälschter Güter immer mehr zunähme. Es folgen entsprechende Angaben über diesen Problembereich aus der Provinz Henan.

In einem Radiokommentar heißt es, neben gefälschten Zigaretten, Alkohol und Medizin gäbe es auch gefälschten Kunstdünger und Maissamen. Der Umfang und das Ausmaß der Verbreitung seien erschreckend. Gefälschte Güter seien zu einer sozialen öffentlichen Pest geworden.

Warum sei es unmöglich gewesen, so wird weiter gefragt, diesem schlechten Trend Einhalt zu gebieten, und welche Lektionen sollte die Führung lernen? Kürzlich sei

eine Untersuchung durchgeführt worden. Nach Statistiken der Industrie- und Handelsabteilungen seien in den ersten sechs Monaten des Jahres 1987 in der Provinz 1,8 Mio.kg gefälschter Maissamen, 112.000 gefälschte Medikamente, 104.000 Stangen gefälschter Zigaretten, 320.000 Flaschen gefälschten Alkohols und über 10.000 t gefälschten Kunstdüngers aufgetaucht. All dies habe bedeutende Verluste für die Kunden bewirkt.

Gefälscht werden immer Güter, die dringend nachgefragt werden. Gewisse gesetzlose Elemente, die die staatlichen Gesetze und Verordnungen nicht beachten, vergessen alles, wenn es darum geht, Gewinne zu machen und aus der Situation einer Mangelversorgung Vorteile zu erwirken. Gefälschte Güter würden für echte, geringwertige für hochwertigere ausgegeben; durch die Herstellung und den Verkauf gefälschter Güter in großem Umfange würden illegale Gewinne erzielt.

Etwa 90% des Mischkunstdüngers, der von 106 Mischkunstdüngerfabriken in dem Kreis Gongxian produziert wurde, bestand aus Kohlenstaub, Sand und alkalischer Erde; nur ein wenig Kunstdünger war beigefügt. Die gesamten Anteile von Stickstoff, Phosphat und Pottasche in diesem Kunstdünger blieben weit unter dem Minimum von 20%, das vom Ministerium für die chemische Industrie festgesetzt worden ist. In einigen Fällen betrugen diese Anteile nur 0,1 - 0,2%. Dieser gefälschte Mischkunstdünger wurde in Teilen von Henan und Guangxi verkauft mit dem Ergebnis, daß 70.000 Mu (15 Mu = 1 ha) Reis und andere Kulturen verdorrten und gelb wurden.

Mehr als 70 Menschen, vom stellvertretenden Dorfleiter bis zum dörflichen Parteisekretär, waren an dem Verkauf von gefälschtem Maissamen in dem Dorf Jiangliji in Xuchang beteiligt. Sie verkauften über 90.000 kg gefälschten Maissamens.

Noch unerträglicher ist es, daß viele Saatgut- und agrowissenschaftliche Abteilungen, die den Bauern zu dienen haben, diese geschröpft haben. Ca. 1,37 Mio.kg gefälschten und geringwertigen Saatgutes wurden bei 126 Saatgutgesellschaften

auf oder über Kreisebene entdeckt. Diese Gesellschaften haben Nutzen davon gezogen, daß die Massen den staatseigenen Einheiten vertrauen.

Es gibt eine direkte Verbindung zwischen der Existenz der Verkaufsmärkte für gefälschte Waren auf den unteren Ebenen und der Praxis der landwirtschaftlichen und agrarwissenschaftlichen Abteilungen bei der Schröpfung der Bauern einerseits und des Bürokratismus der zuständigen Abteilungen andererseits. Henan hatte im Jahre 1984 einen Überschuß an Saatgut. Anstatt aber die Marktbewegungen zu untersuchen und neue Wege zu finden, das Problem durch entsprechende Politiken zu lösen, verhielten sich die zuständigen Abteilungen passiv. Deshalb nahm im vergangenen Jahr die für die Anzucht von Saatgut zur Verfügung stehende Fläche ab. Ca. 98 der 111 Kreise der Provinz mußten Saatgut von anderswo beziehen. Dies gab den kriminellen Elementen eine Chance, gefälschtes und minderwertiges Saatgut zu verkaufen. (Radio Zhengzhou, 20.7.1987, zit. nach SWB, 24.7.1987) -lou-

Taiwan

*(45)

Beendigung des langwierigen Ausnahmezustands

Der am 19. Mai 1949 über Taiwan verhängte Ausnahmezustand wurde nach einer Dauer von mehr als 38 Jahren durch Staatspräsident Jiang Jinguo (Chiang Ching-kuo) in einem Erlaß vom 14. Juli ab dem folgenden Tag, dem 15. Juli, offiziell für aufgehoben erklärt (ZYRB, LHB u. CP, 15.7.87; FCJ, 20.7.87). Die Regierung und die regierungsfreundliche Presse sprachen von einer historischen Wende, doch nahm der Mann auf der Straße von dem großen Ereignis kaum Notiz; es gab keinen Jubel unter der Bevölkerung. Die Oppositionellen wollen der Ehrlichkeit der Regierung in bezug auf eine politische Reform und Demokratie noch keinen Glauben schenken.

Mit der Aufhebung des Ausnahmezustands besteht keine Veranlassung mehr für die Verwendung des Notstandsgesetzes. Da jedoch die von der Regierung am 4. Juli 1947

in Nanjing (Nanking) deklarierte "nationale Generalmobilmachung für die Niederwerfung der (kommunistischen) Rebellion" nach wie vor besteht, bleibt das Gesetz für nationale Generalmobilmachung, das 1942 infolge des Krieges gegen Japan ausgearbeitet wurde, weiter in Kraft. Dazu hat die Regierung am Tage der Aufhebung des Ausnahmezustands das vom Gesetzgebungsyuan am 23. Juni 1987 verabschiedete neue "nationale Sicherheitsgesetz für die Periode der Mobilmachung zur Niederwerfung der Rebellion" (dazu s. C.a. Juli 1987, S. 466, Ü 51) in Kraft gesetzt, das von der Opposition als ein Ersatz für das Notstandsgesetz bezeichnet wurde.

Gemäß dem genannten nationalen Sicherheitsgesetz werden Versammlungen und Vereinigungen von Bürgern sowie die Ein- und Ausreise über die Staatsgrenze weiter eingeschränkt, allerdings wurden die Bedingungen gelockert. Die Ablehnung eines Antrages auf Aus- bzw. Einreise muß von den zuständigen Behörden schriftlich begründet werden; außerdem wird freigestellt, Beschwerde gegen die Ablehnung bei einer Revisionskommission einzulegen.

Versammlungen oder Vereinigungen von Bürgern, d.h. hauptsächlich politische Parteien, dürfen weder gegen die Verfassung verstoßen, noch den Kommunismus oder eine Spaltung des Landes befürworten. (Die Antispaltungsbestimmung richtet sich gegen den Gedanken einer Unabhängigkeit Taiwans, mit anderen Worten gegen den Verzicht auf eine Wiedervereinigung Chinas). Ferner unterstehen Zivilpersonen nicht mehr der Militärgerichtsbarkeit. Darüber hinaus wurde den Militärbehörden auch die Befugnis zur Kontrolle von Ein- und Ausreisen sowie von Publikationen entzogen. Militärische Sperrzonen entlang der Küste und in Berggebieten wurden verkleinert.

Laut Angaben des Regierungssprechers Shao Yuming traten am Tage der Aufhebung des Ausnahmezustandes 30 auf dem Notstandsgesetz beruhende Regierungsanordnungen außer Kraft. Neue Gesetze zur Regelung von Vereinigungen, Versammlungen und Demonstrationen werden ausgearbeitet. Kraft des

noch geltenden nationalen Generalmobilmachungsgesetzes kann die Regierung weiter durch Anordnungen die Freiheit der Bürger einschränken, und Publikationen und Post zensieren. Außerdem ist der Staatspräsident aufgrund der provisorischen Artikel der Verfassung für die Zeit der Mobilmachung zur Niederwerfung der Rebellion berechtigt, kraft Beschluß des Exekutivyuans (Kabinetts) ohne Zustimmung des Gesetzgebungsyuns (Parlament) Notstandsmaßnahmen zu ergreifen, um Krisensituationen des Volkes oder Staates bzw. wirtschaftlichem Verfall zu begegnen. Außerdem brauchen sich - abgesehen von den Wahlen eines kleinen Teils von zusätzlichen Abgeordneten - die drei staatsparlamentarischen Organisationen, die Nationalversammlung, der Gesetzgebungsyuan und der Kontrollsyuan, nach wie vor nicht zu erneuern. Daher gibt es in Taiwan auch nach der Aufhebung des Ausnahmezustands längst noch keine Verfassungsdemokratie.

Gemäß Art. 10 des Notstandsgesetzes können alle während der Zeit eines Ausnahmezustands von Militärgerichten bei schweren Straftaten gefällten Urteile nach der Beendigung des Ausnahmezustands bei Berufungsgerichten angefochten werden. Dagegen schließt das neue nationale Sicherheitsgesetz Berufungen oder Beschwerden gegen die rechtskräftigen Strafurteile von Militärgerichten aus - mit Ausnahme von Revisionen und außerordentlichen Berufungen. Nach Aufhebung des Ausnahmezustands hat das Verteidigungsministerium einer Anordnung des Staatspräsidenten zufolge die Strafen für 237 Personen, davon 170 "Rebellen" (also politische Gefangene), reduziert. Für die Häftlinge jedoch, die wiederholt wegen "Rebellion" oder wegen Verbrechen in bezug auf illegalen Besitz oder Handel mit Waffen, Munition oder Sprengstoff verurteilt wurden, gibt es kein Pardon. Außerdem bleiben 15 Oppositionelle, die im Exil leben, weiter auf der Fahndungsliste. Jedoch wurde die Zuständigkeit für die Fahndungen vom Militärgericht der Garnison Taiwan der zivilen Staatsanwaltschaft der Provinz Taiwan übertragen. Hierin spiegeln sich ebenfalls die weiterbestehenden politischen Spannungsfelder wider, trotz der Aufhebung des Ausnahmezustands. -ni-